



Kantonsrat

Motion Laura Spring und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer und weitere Massnahmen

Eröffnet am

Der Regierungsrat wird aufgefordert, eine Kantonsinitiative einzureichen zur Einführung einer Kriegsgewinnsteuer im Sinne einer Abschöpfung der Übergewinne welche die Rohstoffkonzerne auf Grund der gestiegenen Preise gemacht haben.

Begründung:

Im Kanton Luzern sind Firmen ansässig, welche ihre Geschäfte im Bereich des Rohstoffhandels mit Russland abwickeln. So hat auch der Kanton Luzern und die Schweiz im Allgemeinen als Rohstoffdrehscheibe und Zentrum des russischen Finanzkapitals eine grosse Verantwortung in Bezug auf das Kriegsgeschehen.

Mit den Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energieträger wird dieser Krieg wortwörtlich angeheizt. Es sind Konzerne, die ihr Geschäft hier in der Schweiz in Zug, Luzern oder Genf abwickeln, streichen dabei aufgrund der Verknappungen zusätzliche Milliarden ein¹. Die Ausrüstung und Mitfinanzierung des russischen Regimes aus der Schweiz sind Schulden, die schwer lasten. Deshalb wäre es mehr als nur angemessen, die Kriegsprofite dieses Geschäfts angemessen zu besteuern und sie der Ukraine für den sozialen und ökologischen Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Laura Spring

¹ Medienberichte:

<https://www.nzz.ch/wirtschaft/glencore-kohle-rausch-bringt-dem-rohstoffkonzern-traumgewinn-ld.1724650>

<https://www.infospurber.ch/wirtschaft/konzerne/rohstoffhaendler-erzielten-riesige-kriegs-und-sanktionsgewinne/>

<https://www.derbund.ch/wie-die-schweizer-staatskasse-vom-ukraine-krieg-profitiert-545673747385>